

Stellungnahme zur schriftlichen kleinen Anfrage Drucksache
21/10761

(der Abgeordneten Anna Gallina und Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE), Uwe
Lohmann und Dr. Andreas Dressel (SPD) vom 24.10.2017)



**KITANETZWERK-
HAMBURG.DE**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe MitstreiterInnen,

die oben genannten Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft haben am 24.10.17 eine kl. Anfrage zu den zu erwartenden Auswirkungen der Volksinitiative „Mehr Hände für Hamburger Kitas“ an den Senat gerichtet. Unabhängig von der Beantwortung durch den Senat möchten wir ebenfalls zu ausgewählten Fragen Stellung nehmen und darauf hinweisen, dass wir wie bisher gesprächsbereit sind. Irritierend ist für uns, dass in der kleinen Anfrage bereits vor Bekanntgabe des Gesetzesentwurfs die Verfassungsmäßigkeit in Frage gestellt wurde.

2. Welche Anpassungen des Betreuungsschlüssels anschließend an die Eckpunktevereinbarung mit dem Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung (LEA) hat der Senat bereits vorgenommen? Welche weiteren Schritte sind geplant? Welche zusätzlichen finanziellen Mittel wurden hierfür eingesetzt? Wie sieht auf Grundlage der bisherigen Vereinbarung in Eckpunktevereinbarung, Koalitionsvertrag und Vereinbarung mit den Trägern die Entwicklung der zusätzlich benötigten finanziellen Mittel bis 2026 aus?

Die in der Eckpunktevereinbarung beschriebenen Schritte sollen konkretisiert werden, um tatsächlich zu einer gesetzlich verbindlichen Qualitätsverbesserung zu kommen. Wir erwarten weitere konkrete Anstrengungen zur Qualitätsoffensive mit dem gemeinsamen Ziel einer Fachkraft-Kind-Relation von 1:4 in der Krippe und 1:10 im Elementarbereich und der damit einhergehenden Qualitätssicherung im Kita-Bereich.

Die aktuelle mangelnde Personalausstattung ist das Resultat der gravierenden Kürzungsmaßnahmen aus 2004/ 2005. Im Übrigen hatten die heutigen Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen von 2004, und die SPD auch noch in 2008, den BürgerInnen eine Qualitätsverbesserung versprochen.

3. Welcher personelle und sonstige Mehrbedarf ergibt sich aus der Umsetzung der angekündigten Vorgaben der Volksinitiative? Bitte nach Jahren aufschlüsseln

Bereits mit Einführung der Elternbeitragsfreiheit, des Rechtsanspruches und dem (richtigen und konsequenten) Platzausbau hätte mitgedacht werden müssen, dass eine Folge dieses Quantitätsausbaus ein erhöhter Bedarf an Fachkräften notwendig ist. Mit der Volksinitiative soll ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Personalsituation in Kitas erreicht werden und damit die Fachkräftesicherung und Gewinnung neuer Fachkräfte erzielt werden.

5. Welche finanziellen und personellen Mehrbedarfe ergeben sich durch die Realisierung der Forderungen bzgl. der mittelbaren Pädagogik / Berücksichtigung von Ausfallzeiten und dgl.?

Die Teilzeitquote in Hamburg liegt bei ca. 41%. Häufig ist Teilzeit eine Folge des hohen Anspruchs an die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Kitas. Kitaleitungen agieren „vorsichtig“ mit hohen Stundenzuschüssen, auch unter dem Motto mehr Hände „2 Teilzeitleute sind besser als eine Vollzeit“.

6. Wie beurteilt der Senat eine gesetzlich verbindliche Regelung für die Praxis? Stehen genügend Fachkräfte für die Umsetzung des Vorschlags der Volksinitiative zur Verfügung? Wie viele vakante Stellen für Erzieherinnen und Erzieher gibt es nach Kenntnis des Senats derzeit im Bereich der Hamburger Kindertagesbetreuung?

Ausbildungsplätze müssen weiterhin konsequent ausgebaut werden. Hamburg muss sich mit den Bedingungen in Kitas auseinandersetzen. Neben der notwendigen Verbesserung in der Anleitung von PraktikantInnen, müssen den InteressentInnen (PraktikantInnen) perspektivisch

bessere Bedingungen in Aussicht gestellt werden, damit diese auch nach der Ausbildung tatsächlich Interesse an der Arbeit in einer Kita haben.

10. Wie ist der Stand der Bemühungen im Hinblick auf Unterstützung durch den Bund für die Verbesserung der Kita-Qualität in den Ländern/Städten?

Ein Gesetz, welches die Qualität in Kitas regelt wird von allen Parteien diskutiert. Durch „die Hamburger“ hat das Thema Kitas im Bund eine Lobby erhalten. Nun gilt es wieder mit gutem Beispiel voran zu gehen. Für künftige Qualitätsstandards könnten aus Hamburg die Weichen gestellt werden. Hamburg muss im Bund deutlich machen, dass es Verbesserungen in der Personalausstattung bedarf, um die Qualität in den Kita und damit die Betreuungsmöglichkeiten für Familien sicher zu stellen sowie die Attraktivität des Berufsstandes zu steigern.

12. Im Hinblick auf den angekündigten Gesetzentwurf der Initiative: Welche Folgen würde eine Nichteinhaltung der gesetzlich normierten Fachkraft-Kind-Relation haben? Inwiefern würden Aufnahmestopps oder ein Abbau von Plätzen drohen?

Es ist nicht unüblich, Gesetze durch Verordnungen inhaltlich auszugestalten. Keine Kita soll sich am Rande der Legalität bewegen, wenn nicht alle Stellen sofort besetzt werden können. Für die Umsetzung der Qualitätsstandards sind mind. 10 Jahre vorgesehen. Die konkreten Schritte der Initiative für die Umsetzung sollen dazu beitragen, dass eine Verbesserung des Personalschlüssels in der Praxis realisierbar ist. Hier werden bestehende Vereinbarungen und gemeinsame Ziele der Eckpunktevereinbarung aufgenommen und mit dem Start der Verbesserungen im Elementarbereich ab 2019 in prozentual angemessenen Teilschritten der Weg zum Gelingen geebnet.

14. Im Hinblick auf den angekündigten Gesetzentwurf der Initiative: Wie beurteilt der Senat die drohende Beeinträchtigung des bundesgesetzlich garantierten Rechtsanspruchs der Eltern auf Kinderbetreuung und durch die Folgen einer zu restriktiven gesetzlichen Normierung der Fachkraft-Kind-Relation, die unter Umständen zum Wegfall von Kitaplätzen führen kann? In wieweit wurden im Rahmen von Vorprüfungen und Vorgesprächen die Vertreter der angekündigten Volksinitiative auf welche Bedenken hingewiesen?

Neben dem Rechtsanspruch und den Hamburger Bildungsempfehlungen gehört eine verbindliche, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechende Personalausstattung ins Hamburger Anforderungsprofil für gute Kitas. Die Formulierung der Initiative trägt den rechtlichen Vorgaben nun in der neuen Fassung Rechnung.